



# Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün: Aus gut kann immer noch besser werden

**Zeugnisse und Beurteilungen auszustellen, ist eine schwierige Aufgabe. Kaum jemand kann das besser beurteilen als wir in der Polizei. Trotzdem wollen wir als größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten der am 19. Februar 2013 vereidigten neuen rot-grünen Landesregierung ein erstes Arbeitszeugnis ausstellen – auch, um noch anstehende Aufgaben für die politisch Verantwortlichen zu formulieren. Hierbei geht es weniger um konkrete Schulnoten als vielmehr um einige grundsätzliche Einschätzungen der bisherigen Handlungsweisen und Ergebnisse, insbesondere natürlich im Bereich der inneren Sicherheit.**

Als erstes änderten sich im Innenministerium die Personen an der Spitze und mit ihnen Ton und Umgang. Was zunächst so simpel klingt, hat die „Unternehmenskultur“ jedoch jetzt schon nachhaltig positiv verändert. Die kritisch-konstruktive Kooperation von Hauptpersonalrat und GdP einerseits sowie Ministeriumsspitze andererseits wird von oberster Stelle nicht mehr bekämpft, sondern inzwischen geachtet und gefördert. Genauso stellen wir uns das vor und auf diese Weise lassen sich zudem Resultate im Sinne der Kolleginnen und Kollegen erzielen.

Ein besonders wichtiger Schritt des neuen Innenministers war die rasche Willensbekundung, den begrenzten A11-Erlass schleunigst abzuschaffen. Das fatale Instrument der Demotivation wird daher schnellstmöglich beseitigt. Das findet die uneingeschränkte Zustimmung der GdP, die in dieser Frage als einzige Berufsvertretung standhaft war.

Ein weiterer Erfolg der GdP-Arbeit und darum selbstverständlich positiv zu bewerten, sind die für 2014 anstehenden zusätzlichen Beförderungen, die die Regierungsfractionen beschlossen haben:

750-mal wird aus A 9 nun A 10 und ebenso oft aus A 10 dann A 11. Diese 1500 Beförderungsmöglichkeiten on top, die ein Volumen von zirka acht Millionen Euro pro Jahr haben, freuen uns enorm für die Kolleginnen und Kollegen.



Dietmar Schilff

Foto: HH

Daneben wurde aufgrund unserer Initiative mit dem Innenminister vereinbart, die rund 250 000 angefallenen Castor-Bereitschaftsstunden in Freizeit zu vergüten und Bereitschaftszeiten künftig bei allen geschlossenen Einsätzen eins zu eins anzurechnen.

Auch sind unsere Vorschläge nach Verbesserung der Situation unseren Kolleginnen und Kollegen im Tarif- und Verwaltungsbereich auf offene Ohren gestoßen. In dieser Angelegenheit ist derzeit eine landesweite Arbeitsgruppe tätig. Auch beim Thema Beurteilungen wurde aufgrund unserer Forderungen eine AG installiert.

Darüber hinaus gibt es Entwicklungen, die wir ebenfalls bejahen: Das Personalvertretungsrecht in Niedersachsen soll überarbeitet und verbessert werden. Das Gesundheitsmanagement für die Polizei wird konsequent fortgeführt und ausgebaut. Und die Höhe des Tarifergebnisses für den Bereich des TV-L bewerten wir als erforderlich und zufriedenstellend gleichermaßen. Aller-

dings mussten die Beamtinnen und Beamten einen entscheidenden Einschnitt hinsichtlich der Übertragung des Ergebnisses hinnehmen: Das Land gewährte zwar die volle Erhöhung der Bezüge, der zweite Schritt wurde jedoch bis zum 1. Juni 2014 verzögert, was wir als GdP nach wie vor kritisieren.

Kritisch sehen wir weiterhin die Bestrebungen einer geplanten Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten sowie die Pläne für eine Beschwerdestelle.

An der gestiegenen Gewalt gegen Polizeikräfte knüpft die Forderung der GdP an, die freie Heilfürsorge für alle Polizei-beamtinnen und -beamten wieder einzuführen. Dies ist nach unserer Auffassung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn geschuldet. Nach wie vor bleiben wir auch bei unserer Position nach Wiedereinführung einer Sonderzahlung (Weihnachtsgeld).

Darüber hinaus existieren weitere dringende Handlungsfelder wie zum Beispiel die verbesserte Vorbereitung auf den Ruhestand sowie seine stärkere Beachtung insgesamt. Auch strukturelle Verbesserungen für Schichtdienstleistende und ein intensiver Schutz für geschlossene Einheiten sind ebenso notwendig wie höhere Investitionen in die Liegenschaften des Landes.

Gegebenenfalls muss über die Haushaltsrestriktionen durch die geplante Schuldenbremse sowie über die Akquisition von Steuermitteln diskutiert werden.

Das endgültige Zeugnis für Rot-Grün ist damit natürlich noch nicht geschrieben, aber es sind auch noch fast vier Jahre Zeit, um den berechtigten Forderungen der GdP für die Polizei nachzukommen. Dann steht unsere Abschlussbilanz an, die wir ebenso differenziert und fachgerecht wie hier dargelegt vornehmen werden. Bis dahin bleibt als Zwischenfazit: Aus gut kann immer noch besser werden.

**Ihr und Euer  
Dietmar Schilff,  
GdP-Landesvorsitzender**



# 12. März: Deine Stimme ist gefragt – Du hast die Wahl!

**Redaktionsschluss:**

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe 4/2014 bis zum 21. Februar 2014 und für die Ausgabe 5/2014 bis zum 28. März 2014.

**Hinweise:**

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



**Aktive der GdP und der JAV setzen sich gemeinsam ein. Foto: Alexandra Roth**

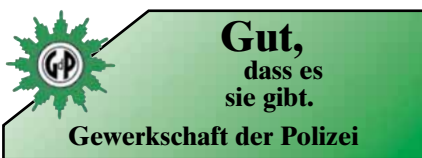
Wer hilft, wenn es Probleme gibt beim Praktikumsplatz oder mit den Lehrkräften? Wer kümmert sich, wohin die Reise nach der Ausbildung geht? Wer nimmt Einfluss, damit es im Studium richtig läuft?

Auf all diese Fragen gibt es eine Antwort: Deine JAV, die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Polizeiaka-

demie Niedersachsen. Am 12. März 2014 ist es wieder soweit, die JAV wird für zwei Jahre gewählt. Gemeinsam mit dem Personalrat ist sie die Interessenvertretung der Studierenden. Sie kümmert sich speziell um ihre Situation und sorgt dafür, dass die Anliegen der jungen Polizeibesetzten, die sich im Studium befinden, mit Kompetenz, Fantasie und Power vertreten werden. Und weil diese Arbeit so wichtig ist, unterstützt Eure GdP mit der JUNGEN GRUPPE dieses Engagement in allen Lebenslagen. Denn mit einem starken Partner an seiner Seite kann man jede Herausforderung bewältigen!

**Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt Deine JAV im Kampf um Deine Interessen. Unterstütze darum Deine Kolleginnen und Kollegen, die sich für Dich engagieren wollen, und wähle am 12. März GdP!**

**SG**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,  
30625 Hannover  
Telefon (05 11) 5 30 37-0,  
Fax 5 30 37-50  
Internet: [www.gdpniedersachsen.de](http://www.gdpniedersachsen.de)  
E-Mail: [gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)

**Redaktion:**

Hinrich Heidemann  
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur  
des Landesjournals)  
Berckhusenstraße 133 a,  
30625 Hannover  
Telefon (05 11) 5 30 37-0  
Telefax (05 11) 5 30 37-50  
E-Mails an:  
[redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de)  
[gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)  
[leserbrief@gdpniedersachsen.de](mailto:leserbrief@gdpniedersachsen.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 396-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

**FESTAKT DER POLIZEI**

## 677 Anwärtler/-innen vereidigt



**Foto: Polizeiakademie Niedersachsen**

**In einem Festakt vor zirka 3000 Gästen und Familienangehörigen wurden Ende Januar 677 junge Kolleginnen und Kollegen in Hannover vereidigt. Der Innenminister gab damit ein deutliches Bekenntnis zur Notwendigkeit öffentlicher Vereidigungen ab.**

Pistorius verdeutlichte den Polizeikommissaranwärtler/-innen, dass die

Rolle der Polizei in Niedersachsen die einer Bürgerpolizei ist.

Die 677 Kolleginnen und Kollegen haben im Oktober 2013 ihr Studium an den Polizeiakademie-Standorten Nienburg, Oldenburg und Hann. Münden aufgenommen.

Die GdP Niedersachsen gratuliert allen Anwärtern/-innen und wünscht Ihnen

eine erfüllte berufliche Zukunft. Vertreten wurde die GdP durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörg Mildahn.

Die Vereidigung in der Swiss Life Hall in Hannover war die letzte für den Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Johannes-Jürgen Kaul, vor seiner Pensionierung. **Red.**



FUSSBALL-BUNDESLIGA

# Vereine wollen Dialog mit GdP vertiefen

Nach Hannover 96 hat Ende Januar 2014 auch Eintracht Braunschweig auf das Schreiben der GdP Niedersachsen zum Niedersachsen-Derby der Fußball-Bundesliga am 8. November 2013 reagiert.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff hatte die beiden Vereine im Nachgang des Spiels aufgefordert, konsequente und einschneidende Maßnahmen zu treffen, um die eingesetzten Polizeikräfte und die Besucher derartig brisanter Begegnungen nachhaltig zu schützen.

Ebenso wie zuvor Martin Kind (Präsident Hannover 96) bedankte sich nun Soeren Oliver Voigt (Geschäftsführer Eintracht Braunschweig) für die Anregungen und verurteilte die Gewalttaten im Umfeld der Partien des Erstligisten entschieden. Seit vielen Jahren arbeite der Klub eng mit der Polizei in Braunschweig zusammen

und werde sich weiterhin für einen respektvollen Umgang mit ihr einsetzen. Zudem würden keinerlei Personen toleriert, die dem Verein schaden oder kriminelle Handlungen begingen, schrieb der Eintracht-Geschäftsführer.

Dietmar Schilff begrüßte die klaren Worte. „Wir freuen uns über die Aussagen des Vereins. Genau wie beim Hinspiel in Hannover werden wir als GdP beim Rückspiel in Braunschweig Anfang April wieder eine Einsatzbetreuung für die Kolleginnen und Kollegen organisieren, um uns selbst



Foto: Christian Hoffmann

ein Bild über die Arbeit vor Ort zu machen“, sagte der Landesvorsitzende.

Das Angebot beider Derby-Gegner, den Dialog mit der GdP Niedersachsen fortzuführen und zu intensivieren, werde darüber hinaus gerne angenommen, betonte er. **CH**

Anzeige

8 Tage Erlebnisreise vom 06. bis 13. Sept. 2014

## Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker






**Leistungen**

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa in der Economy-Class nach Tallinn – Rückflug ab Vilnius
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

**Ihr Gebeco Mehr Wert:**

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur
- ▶ PSW-Reisebegleitung

**pro Person im Doppelzimmer**  
**1.099,00 €**



**GdP-Mitgliederservice**  
GmbH NIEDERSACHSEN

**Weitere Informationen und Anmeldungen**

**GdP-Touristik**  
Berckhusenstraße 133 a  
30625 Hannover  
Telefon 0511 / 5 30 38 10  
Telefax 0511 / 5 30 38 50  
service@gdpservice.de

[www.gdpservice.de](http://www.gdpservice.de)

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg  
 pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**  
 Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**  
 Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co KG, Kiel



# Landesarbeitsgruppe A 11 legt Bericht vor

Die neue Landesregierung hat mit der Einsetzung der LAG „Dienstpostenbewertung Bes.Gr. A 11“ und der Ankündigung eines Hebungsprogrammes 2014 (750 Hebungen von A 9 nach A 11), aus dem 750 Beförderungen nach A 10 und 750 Beförderungen nach A 11 resultieren, auf Forderungen der GdP reagiert. Der nunmehr vorliegende Abschlussbericht entspricht überwiegend diesen Forderungen und korrespondiert weitgehend mit dem GdP-Attraktivitätsprogramm, insbesondere durch die gesetzliche Umsetzung des GdP-Vorschlags der Einführung von Bündelungsdienstposten im Dezember 2013.

Die GdP wurde seitens des LPP die Möglichkeit der Stellungnahme gege-

ben, von der die GdP auch Gebrauch gemacht hat.

- Für die Gewerkschaft der Polizei ist A 11 kein Spitzenamt im „gehobenen“ Dienst der Polizei.

- Es muss für jeden/jede Polizeibeamten/-in möglich sein, in einem angemessenen Zeitraum nach A 11 befördert zu werden. Festgeschriebene Bewertungen im Dienstpostenanteil A 11 heben dieses Prinzip auf, limitieren den Zugang, verschlechtern die Perspektive und behindern eine sinnvolle Personalentwicklung. Das war und bleibt die Auffassung der GdP.

- Eine weitere zeitnahe Stellenanhebung in den Besoldungsgruppen A 10/ A 11 ist erforderlich, um die völlig unbefriedigenden Standzeiten abzubauen.

en. Langfristig ist sicherzustellen, dass bei Anerkennung von Eignung und Leistung jede/r Polizeibeamter/-in mindestens pensionsberechtigt mit A 11 in den Ruhestand eintreten kann.

- Außerdem muss vor allem der Abbau der überlangen Wartezeiten von A 9 nach A 10 erfolgen.

Die GdP bleibt allerdings bei ihrer Auffassung, dass auf die sogenannten „organisationswesentlichen Dienstposten“ verzichtet werden sollte. Die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten bei einem Stellenanteil von 17,36 Prozent im Bereich A 11 nach dem Stellenhebungsprogramm ist zu gering, führt zu unerträglich langen Standzeiten innerhalb der Besoldungsgruppen A 10/A 11 und wird der Aufgaben-

## KOMMENTAR

Im September 2010 trat der A11-Dienstpostenbegrenzungserlass mit seinen negativen Auswirkungen in Kraft. Die vorhandenen 2359 Planstellen wurden als sogenannte Sockeldienstposten festzementiert und es gab aufgrund des Erlasses keine einzige A11-Planstelle mehr. Das bedeutete, dass grundsätzlich nur noch diejenigen A 11 werden konnten, denen ein solcher Dienstposten übertragen wurde. Alle anderen, egal wie sie beurteilt waren oder welche Leistung sie erbrachten, hatten und hätten auch zukünftig so gut wie keine Chance mehr. Diese Regelung ließ jegliche Wertschätzung der polizeilichen Arbeit vermissen.

Die Initiatoren dieses Erlasses waren entgegen fast aller Expertenmeinungen, gegen die weit überwiegender Mehrzahl der Kollegen/-innen sowie gegen das eindeutige Votum der niedersächsischen Polizeipersonalvertretungen für ihr Konzept und der damalige Innenminister Schünemann setzte dieses dann auch um. Selbst Kompromissangebote des Polizeihauptpersonalrates und der GdP haben Schünemann nicht von seiner starren Auffassung abbringen können. Alle dargelegten Begründungen für die Notwendigkeit des Erlasses waren Scheinargumente und führten

dazu, dass die Polizei gespalten wurde. Auch wenn die Polizei sich mit den neuen Gegebenheiten abfinden und auch die Personalvertretungen mit dem Konzept umgehen mussten, hatte für die GdP die Wiederherstellung von Gerechtigkeit und somit die Rücknahme des A11-Begrenzungskonzeptes weiterhin oberste Priorität. Die letzten Jahre haben wir die vielen eingetretenen negativen Folgen, Verletzungen, Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten des Erlasses aufgezeigt. Es waren letztlich ausschließlich unsere Argumente im Sinne der Kollegenschaft, die die neue Landesregierung von SPD und Grünen überzeugten. Mit der Entscheidung von Innenminister Pistorius, den alten Erlass abzuschaffen, gibt es jetzt wieder für alle Exekutivbeamten/-innen die Möglichkeit, A 11 zu werden und die voraussichtliche Halbierung der festgeschriebenen Dienstposten sowie die 750 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 helfen dabei.

Eine Arbeitsgruppe hat nunmehr neue Rahmenbedingungen erarbeitet. Die GdP hat die Ausführungen bewertet und wie vereinbart dem Landespolizeipräsidium zugeleitet. Auch wenn die GdP weiterhin der Auffassung ist, dass es eigentlich keine festgeschrie-

benen A11-Dienstposten geben muss und die beschriebenen herausgehobenen A11-Funktionen mit A 12 richtig bewertet wären, sehen wir das Arbeitsergebnis grundsätzlich positiv. Auch mit der gesetzgeberischen Umsetzung der Dienstpostenbündelung A 9 bis A 11 ist man der GdP-Argumentation gefolgt. Die Probleme, die jetzt bei der erneuten Umsteuerung möglicherweise auftauchen, können im intensiven Austausch zwischen den Personalvertretungen, der GdP und dem Landespolizeipräsidium sowie dem Innenminister gelöst werden.

Fest steht, dass nur die GdP es war, die trotz Anfeindungen derjenigen, die jetzt so tun, als hätten sie mit zum Erfolg beigetragen, standhaft geblieben ist. Fest steht auch, dass nunmehr wieder jeder Dienstposten mit A 11 bewertet ist und die jetzigen „Sockel-Dienstposteninhaber“ keinerlei Nachteile haben. Zukünftig können zirka 2000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Polizei wieder A 11 werden, die es mit dem alten Erlass nie mehr hätten werden können. Das ist eine sehr gute Entscheidung für alle und ein Riesenerfolg. Die GdP bleibt weiter am Ball, damit es noch mehr werden.

**Dietmar Schillf**



**DIENSTPOSTENKONZEPT**

wahrnehmung durch unsere Kolleginnen und Kollegen und damit den Anforderungen unseres Berufes nicht gerecht. Nach wie vor halten wir eine feste Bewertung von Dienstposten in der Besoldungsgruppe A 11 für entbehrlich. Dennoch hat sich die Landesarbeitsgruppe entschieden, von den nach den Stellenhebungen vorhandenen 3110 A 11-Planstellen, 1170 Dienstposten für „organisationswesentlich“ zu deklarieren und sie mit einer festen Planstelle zu hinterlegen. An dieser

Stelle muss ein Austausch der Begrifflichkeiten vorgenommen werden. Es gibt keine „organisationsunwesentlichen“ Dienstposten in der Polizei. Zutreffend wäre die Verwendung der Formulierung „mit Stellen hinterlegte Dienstposten“.

Das zukünftige Konzept folgt also mit den Bündelungsdienstposten und dem Hebungsprogramm unseren Grundanforderungen. Für die Zukunft halten wir aber an unserer Vorstellung fest, dass durch eine Anhebung von

Planstellen die sukzessive Überführung von hinterlegten Dienstposten A 11 in die Bewertung A 12 erfolgt. Darüber hinaus müssen neben unseren Anmerkungen auch die Stellungnahmen der Behörden und Einrichtungen bewertet und die sicherlich auftretenden Probleme gelöst werden. Fest steht jedenfalls, dass mit der Abschaffung des alten begrenzenden DP-Konzepts ein wichtiger und richtiger Schritt wieder hin zu mehr Anerkennung unseres Berufes erfolgt ist.

**SENIOREN****Erfahrung gestaltet Zukunft**

**Zur Unterstützung und Förderung der Seniorenarbeit findet alle vier Jahre eine Bundesseniorenkonferenz so rechtzeitig vor dem Bundeskongress statt, dass die Anträge beziehungsweise Beschlüsse zum GdP-Bundeskongress eingereicht werden können. Aus diesem Grund wird am 10. und 11. März 2014 unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ die siebte Bundesseniorenkonferenz in Potsdam durchgeführt.**

Am 9. März ist Anreisetag und zudem die letzte Sitzung des amtierenden Bundesseniorenvorstandes. Insgesamt 111 Mandatsdelegierte aus allen Bundesländern, der Bundespolizei und dem BKA sowie der Bundesseniorenvorstand nehmen an der Konferenz teil. Von der GdP Niedersachsen werden acht Mandatsdelegierte (aus jeder Bezirksgruppe), der Landesseniorenvorsitzende (gehört dem Bundesseniorenvorstand an) sowie Rudi Refinger als Ehrengast dabei sein.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Bundesseniorenvorsitzenden Anton Wiemers über die vergangenen vier Jahre werden am 10. März die Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV) stattfinden. Erstmals wird der GBSV aus fünf Kolleginnen und Kollegen bestehen: dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern sowie dem Schriftführer und einem Stellvertreter. Diese Aufstockung von drei auf fünf war längst überfällig, um die vielfältigen und umfangreichen Aufgaben der Seniorenarbeit sachgerecht im Sinne der Mitglieder ehrenamtlich bewältigen zu können. Von den GdP-Mit-

gliedern gehören zurzeit (Tendenz steigend durch den demografischen Wandel) zirka 20 Prozent der Seniorengruppe an. Sie tritt für die Interessen ihrer Mitglieder und die Verbesserung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen ein.

**Erwin Jark****Foto: Christian Hoffmann**

Nur wenn die ehemaligen Beschäftigten der Polizei oder polizeinaher Einrichtungen (sogenannte Seniorinnen und Senioren) von der GdP als „vollwertige“ GdP-Mitglieder angesehen und behandelt werden, ist gesichert, dass die Mitgliederzahl in diesem Bereich ansteigen und nicht abfallen wird.

Nach den Wahlen werden dann die Delegierten die seitens der Landes- und Bezirksseniorengruppen eingereichten Anträge sowie einen Leitantrag beraten und entscheiden. Davon hängt ab, ob das jeweilige Ansinnen dem GdP-Bundeskongress, der vom 10. bis 12. November 2014 stattfindet, vorgelegt wird.

Im Leitantrag wird unter anderem gefordert, dass die Gewerkschaften auf allen Ebenen die Betreuung ihrer im Ruhestand befindlichen Mitglieder als

Gesamtaufgabe verstehen und danach handeln. Als künftige Themenschwerpunkte werden die Bereiche Gesundheitspolitik, Versorgung und Betreuung älterer Menschen, Qualifizierung für Aufgaben in der Seniorenarbeit und die Intensivierung der Beratung älterer Mitglieder benannt.

Von den der Bundesseniorenkonferenz zur Beratung vorliegenden 36 Anträgen wurden 14 von der Seniorengruppe der GdP Niedersachsen eingereicht. Die Anträge beinhalten vor allem folgende Zielrichtungen:

- die Wiederherstellung der Einheit beim Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht
- die Möglichkeit der Altersteilzeit für alle Beamtinnen und Beamte
- das Verbot des weltweiten Handels von Grundnahrungsmitteln an den Börsen
- ein Verbot von Privatisierungen bei der Wasserversorgung
- die Garantie einer menschenwürdigen Pflegebetreuung für alle Bürgerinnen und Bürger
- Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung der Kriminalität in den Bereichen des illegalen Organhandels, Gewalt gegen Hilflose und Pflegebedürftige sowie unnötige Einschränkungen von Freiheitsrechten Pflegebedürftiger, Fälschungen von und Betrug mit Arzneimitteln sowie Wettbetrug und Korruption in den Sportverbänden.

Das Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ sollte ein wesentliches Leitmotiv innerhalb der Gewerkschaft der Polizei sein.

**Erwin Jark,  
Landesseniorenvorsitzender**



## Polizeipersonalräte – mit Pistorius im Gespräch

**Am 15. Januar 2014 kamen auf Einladung des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) rund 120 Personalvertreter/-innen aus ganz Niedersachsen in der ZPD Hannover zusammen. Anwesend waren auch die Gleichstellungsbeauftragten der Polizei und die Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen in der Polizei, Björn Meißner.**

Die Tagesordnung war prall gefüllt. Unter anderem ging es um die angespannte Haushaltssituation in den nächsten Jahren, die nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates, Martin Hellweg, vom Landespolizeipräsidenten Uwe Binias mit Auswirkungen auf das Innenressort dargestellt wurde. Demnach müssen dort in den Jahren 2015, 2016 und 2017 pro Jahr 19,6 Millionen weniger ausgegeben werden. Ein erheblicher Teil müsse wohl die Polizeiabteilung tragen müssen, wobei durch Aussagen von Ministerpräsident Weil feststeht, dass die Personalstärke der Polizei nicht betroffen sein soll. Diese Einsparvorgaben haben noch nichts mit der im Jahr 2020 einzuführenden Schuldenbremse zu tun, so Binias.

Als zweiter Referent stellte Frank Ruge, Referatsleiter 11 im Innenministerium, die vor der Landtagswahl durch die GdP geforderten und nunmehr in Planung befindlichen Verbesserungen des niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes dar. Das Gesetz soll mehr Mitbestimmung bringen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit stärken. Der Gesetzentwurf wird nach der Anhörung bei den Gewerkschaften und kommunalen Spitzenverbänden im Herbst in den Landtag zur Beratung eingebracht.

Der Vorsitzende des PHPR, Martin Hellweg, stellte gewohnt kompetent die Schwerpunkte des Gremiums im letzten Jahr dar, lobte insbesondere die bessere Kommunikation und Zusammenarbeit im MI seit der Landtagswahl und wagte einen Ausblick in die Zukunft. Unterstützt wurde er durch den interessanten Vortrag zu Tariffragen der stellvertretenden Vorsitzenden des PHPR, Elke Gündner-Ede, sowie durch einen Beitrag zur Mitbestimmung der Personalräte in Gleichstellungsfragen von Martina Grellmann, Mitglied im PHPR.

Am Nachmittag referierte Innenminister Boris Pistorius zu politischen Schwerpunkten der Landesregierung,

zu seinen persönlichen Vorstellungen einer modernen Polizei, zu den schon durchgeführten Verbesserungen sowie zu den geplanten oder begonnenen Projekten. Er wies aber auch auf die Probleme der nächsten Haushalte hin und machte in diesem Zusammenhang die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten deutlich. Besonders intensiv ging Pistorius auf den Bereich A11-Erlass ein. Wortwörtlich sagte er: „In den letzten Monaten wurden bereits viele Themen aufgegriffen, welche die Polizeibesetzten betreffen. Es sind Themen, deren Auswirkungen verstärkt zu Unmut und Frustration in den Reihen der Polizei geführt haben. Diese Themen wurden nun in mehreren Landesarbeitsgruppen bearbeitet und die Personalräte sind dort selbstverständlich eingebunden. Ein sehr vordringliches Problem war und ist die Abschaffung des sogenannten A11-Erlasses. Die vorherige Landesregierung hat mit dieser Regelung nicht nur einen großen Fehler begangen, sondern sie hat auch jegliche Wertschätzung der polizeilichen Arbeit vermissen lassen. Die entsprechenden Reaktionen der betroffenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sind verständlich, denn ihnen wurden damals von einem Tag zum anderen Beförderungsperspektiven genommen, und das ohne Aussicht, im verbleiben-

den Berufsleben wieder eine reelle Chance hierauf zu erhalten. Für die Überarbeitung des A11-Erlasses wurde eine Landesprojektgruppe eingesetzt, die zwischenzeitlich ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Ich bin guter Dinge, dass im Ergebnis die wesentlichen Restriktionen dieser unglückseligen Regelung beseitigt werden.“ Diese klaren und richtigen Aussagen sorgten bei den Anwesenden für spontanen und heftigen Applaus.

Darüber hinaus habe eine Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit begonnen, die Beurteilungsrichtlinien zu bearbeiten, so der Innenminister weiter, und er behandelte intensiv den Bereich Frauenförderung, der ihm besonders am Herzen liege. Er erwarte, dass sich Dienststelle und Personalrat dabei unterstützen, die berufliche Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen.

Innenminister Pistorius stellte die Wichtigkeit von Personalvertretungen sowie ein gutes Betriebsklima heraus. Er bedankte sich bei den Personalvertretern/-innen ausdrücklich für das kooperative Miteinander und die engagierte Zusammenarbeit, die er von Anfang an erleben durfte. Die anwesenden Personalratsvertreter/-innen quittierten die Aussagen mit starkem Applaus. **Red.**



V. l. n. r.: Knut Lindenau, Elke Gündner-Ede, Martin Hellweg, Uwe Binias, Innenminister Boris Pistorius.

Foto: Dietmar Schilff



DISKUSSION

# Polizei als Werkzeug der Politik

**Der Pyrmonter Arbeitskreis zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz hatte am 27. Januar 2014 in das Rathaus Bad Pyrmont geladen, um im Rahmen der Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – die Polizei im NS-Staat“ eine aktuelle Polizeidiskussion zu führen. Zirka 70 Gäste im gut gefüllten Sitzungssaal waren der Einladung gefolgt.**

Mit der Diskussionsrunde sollte die Frage „Polizei als Werkzeug der Politik?“ oder anders ausgedrückt: „Wie rechtsstaatlich gesichert und selbstbewusst ist die Polizei heute?“ behandelt werden. Dazu waren als Gesprächspartner geladen:

- Hartmut Seltmann, Amnesty International,
- Klaus Dierker, GdP Niedersachsen,
- Thomas Wüppesahl, BAG kritische Polizisten,
- Landespolizeidirektor Knut Lindenau,
- Frank Waterstraat, evangelischer Polizeiseelsorger

Die Diskussionsleitung und Fragestellung übernahm der Leiter des Ha-

melner Schillergymnasiums, Andreas Jungnitz. Dieser fragte die Podiumsteilnehmer als erstes zur Zustimmung oder zur Ablehnung der These „Polizei ist Werkzeug der Politik“ ab. Hier unterstrich Knut Lindenau, dass Polizeibeamte/-innen keine Werkzeuge, sondern lebende, denkende und vor allem auch nachdenkende Menschen seien. Für ihn stehe fest, dass unsere moderne Bürgerpolizei fest im demokratischen Rechtsstaat eingebettet ist. Pastor Waterstraat formulierte zur Instrumentalisierungsthese ein klares Nein und verwies auf den Rechtsrahmen im Grundgesetz und die Gewaltenteilung. „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen! Was ist zu tun, was ist zu lassen, soll sich an einem ethischen Rahmen messen lassen.“ Hartmut Seltmann vertrat die These, dass die Polizei nicht besser sei als der Rest der Gesellschaft und sich als Menschenrechtsorganisation verstehen solle. Er plädierte eindeutig für eine Kennzeichnungspflicht aller Polizeibeamten. Klaus Dierker widersprach und verwies auf

die geänderte Ausbildung mit dem Weg zum Studium in der Polizei und dem Selbstverständnis der Beamten/-innen als Bürgerpolizei unter rechtsstaatlicher Kontrolle, mit der Pflicht zu remonstrieren. Gerade mit Blick auf die NS-Vergangenheit merkte er an, dass Gewerkschaften die Eckpfeiler einer demokratischen Polizei sind. Es war insgesamt eine hochkarätige Diskussion zur demokratischen Verantwortung der heutigen Polizei mit diversen, auch kritischen und konträren Statements. Insgesamt gab es viele Anregungen zum Weiterdenken. Gerade Polizeipastor Waterstraat gelang es, mit der Erinnerung an die Ethik den Bezug zum Gedenktag des 27. Januar nicht aus dem Fokus zu verlieren. Man dürfe nicht müde werden und die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Einen Radiobeitrag mit Bildern von der Diskussionsrunde kann auf der Youtube-Seite der GdP-Kreisgruppe Hameln-Pyrmont angesehen werden. Siehe [www.youtube.com/user/GdP\\_Hameln](http://www.youtube.com/user/GdP_Hameln)

**Ralf Hermes**

Anzeige

**8-tägige Städtereise vom 18. bis 25. November 2014**



Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

## € 829,-

# PEKING & SHANGHAI

## METROPOLLEN DER GEGENSÄTZE

**Geplanter Reiseverlauf:**

- 1. Tag:** Linienflug von Frankfurt nach Shanghai.
- 2. Tag: Shanghai - Peking:** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Sommerpalast inkl. Mittagessen, Hutong-Tour mit Rikschafahrt.
- 3. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Verbotene Stadt mit Kaiserpalast, Platz des Himmlischen Friedens, Himmelstempel inkl. Mittagessen.
- 4. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ) Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage und Mittagessen.
- 5. Tag: Peking - Shanghai.** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai.
- 6. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ) Besuch der Altstadt mit Teehaus, Zick-Zack-Brücke, Yu-Garten, inkl. Mittagessen.
- 7. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ), Jade-Buddha-Tempel, Uferpromenade Bund inkl. Mittagessen und Abschiedessen – Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen. Rückflug.
- 8. Tag:** Ankunft in Frankfurt.

**Ihre Hotels:**  
 Holiday Inn Chang An West 4 Sterne in Peking  
 Hotel Grand Mercure Baolong 4 Sterne\* in Shanghai

**Eingeschlossene Leistungen:**

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Frankfurt und zurück
- Innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück.
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 08/2013).
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den genannten Hotels o.ä. inkl. 5x Frühstücksbuffet.
- Örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung.
- Infomaterial und Reiseführer, ÖPNV-Coupon.
- Visabesorgung
- PSW-Reisebegleitung

Reise wie beschrieben	pro Person ab
Unterbringung im Doppelzimmer	829,- Euro
EZ-Zuschlag	120,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	169,- Euro
Akrobatikshow am 6. Tag	25,- Euro
Rail & Fly 2. Klasse	61,- Euro
Pekingente-Abendessen am 4. Tag	25,- Euro
Visagebühren	ca. 90,- Euro



**GdP-Mitgliederservice**  
 GmbH NIEDERSACHSEN

**Weitere Informationen und Anmeldungen**

**GdP-Touristik**  
 Berckhusenstraße 133 a  
 30625 Hannover  
 Telefon 0511 / 5 30 38 10  
 Telefax 0511 / 5 30 38 50  
 service@gdp-service.de

[www.gdp-service.de](http://www.gdp-service.de)

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum, Zwischenverkauf, Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 17 Personen.



## Termincheck

### KG Heidekreis

Zu einer Informationsveranstaltung lädt die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Heidekreis, am 26. 3. 2014 in 29683 Fallingbostal-Jettebruch, Gasthaus Meyer, ein. Die Veranstaltung beginnt um 13.00 Uhr. Auf dem Programm stehen folgende Themen:

Neuerungen im Niedersächsischen Beihilferecht, Arzneimittel im Alter (z. B. die Priscusliste) und allgemeine/aktuelle Gewerkschaftsfragen.

Für die einzelnen Sachgebiete wurden kompetente Fach-Referenten eingeladen.

**Der Vorstand**

### Lehrgangstreffen des 8. Grundlehrgangs vom (1. 4. 1954 bis 31. 3. 1955 Hann. Münden)

Alle Kollegen des 8. Grundlehrgangs sind herzlich eingeladen zum 60-jährigen Jubiläum am 1. 4. 2014 in das Gasthaus & Hotel Bähre, 31303 Burgdorf OT Ehlershausen, Ramlinger Str. 1.

Anfragen/Anmeldungen sind an Helmut Treichel, Tel. 0 51 36-8 15 84 zu richten.

Gern auch per Mail: K.Treichel@t-online.de.

**Helmut Treichel**

### BG Göttingen – Informationsveranstaltung zu den Themen Pflege und Wohnen im Alter

Die Bezirksgruppe Göttingen lädt herzlich ihre Senioren mit Lebenspartnern zu den nachfolgenden Kreisgruppenübergreifenden Veranstaltungen ein. Referent wird Manfred Forreiter vom Landesseniorenvorstand sein.

– Für die **Kreisgruppen Northeim und Osterode:**

Donnerstag, den 10. 4. 2014, 14.00 Uhr

– Für die **Kreisgruppen Nienburg und Schaumburg:**

Donnerstag, den 24. 4. 2014, 14.00 Uhr

– Für die **Kreisgruppen Hameln, Hildesheim und Holzminden:**

Donnerstag, den 8. 5. 2014, 14.00 Uhr

Die Veranstaltungsorte werden noch bekannt gegeben.

Die Durchführung ist abhängig von genügend Interessenbekundungen. Daher werden die Interessierten gebeten, ihre Teilnahme bis zum **30. 3. 2014 beim**

jeweiligen Seniorensprecher der Kreisgruppe anzukündigen.

Die Informationsveranstaltung für die Kreisgruppe Göttingen ist im September geplant. Einzelheiten werden rechtzeitig bekannt gegeben.

**Hermann Müller,**  
**Bezirksseniorenvorsitzender**

## Berichte

### Polzeiball Hameln wieder ein toller Erfolg für die GdP

Fast 600 Gäste, darunter viele aktive Kollegen/-innen feierten bis früh in den Morgen das 43. große Polzeifest in Hameln. Das kurze aber anspruchsvolle Artistikprogramm und besonders die neue Showband 88 miles kamen sehr gut an. Impressionen, Bilder und Videos vom Fest gibt es unter: [gdp-hameln.de/polzeiball-historie.html](http://gdp-hameln.de/polzeiball-historie.html) oder auf Facebook unter: [www.facebook.com/Polzeiball.Hameln](http://www.facebook.com/Polzeiball.Hameln)

**Ralf Hermes**

Suche zwecks Länderwechsel für sofort einen Tauschpartner aus Niedersachsen, der sich nach Bremen versetzen lassen möchte. Bin selbst als PK (A 9) bei der Schutzpolizei tätig. Weitere Details per Mail oder Telefon.

Kontaktaufnahme bitte über:  
[ycelik@gmx.de](mailto:ycelik@gmx.de)

Anzeige

**POLIZEI** Gewerkschaft der Polizei  
**DEIN PARTNER**

**Wir brauchen dich!**

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de). Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

**Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!**



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker  
[Antje.Kleuker@VDPolizei.de](mailto:Antje.Kleuker@VDPolizei.de)  
[www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## NACHRUFE

**Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen –  
trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:**

Behrens, Hermann	21. 12. 1940	Krs.-Gr. Braunschweig
Brückner, Heinz	26. 12. 1927	Krs.-Gr. Bepo Braunschweig
Diekmann, Otto	4. 11. 1923	Krs.-Gr. Wolfenbüttel
Erhardt, Heinz	21. 8. 1932	Krs.-Gr. Hannover Stadt
Fischer, Rolf	11. 1. 1939	Krs.-Gr. Lüneburg
Krause, Karl-Heinz	21. 8. 1961	Krs.-Gr. Aurich
Kumlehn, Sonja	27. 8. 1956	Krs.-Gr. Hameln-Pyrmont
Lietz, Horst	8. 6. 1939	Krs.-Gr. Braunschweig
Ludwig, Karl	25. 12. 1924	Krs.-Gr. Braunschweig
Richter, Norbert	23. 3. 1935	Krs.-Gr. Osnabrück
Schneider, Uwe	4. 7. 1947	Krs.-Gr. Ammerland
Ulrich, Reinhard	25. 5. 1943	Krs.-Gr. Salzgitter
Voelker, Wilhelm	15. 9. 1939	Krs.-Gr. Emsland
Werner, Bruno	24. 10. 1925	Krs.-Gr. Emsland

**Wir werden ihr Andenken in Ehren halten**

